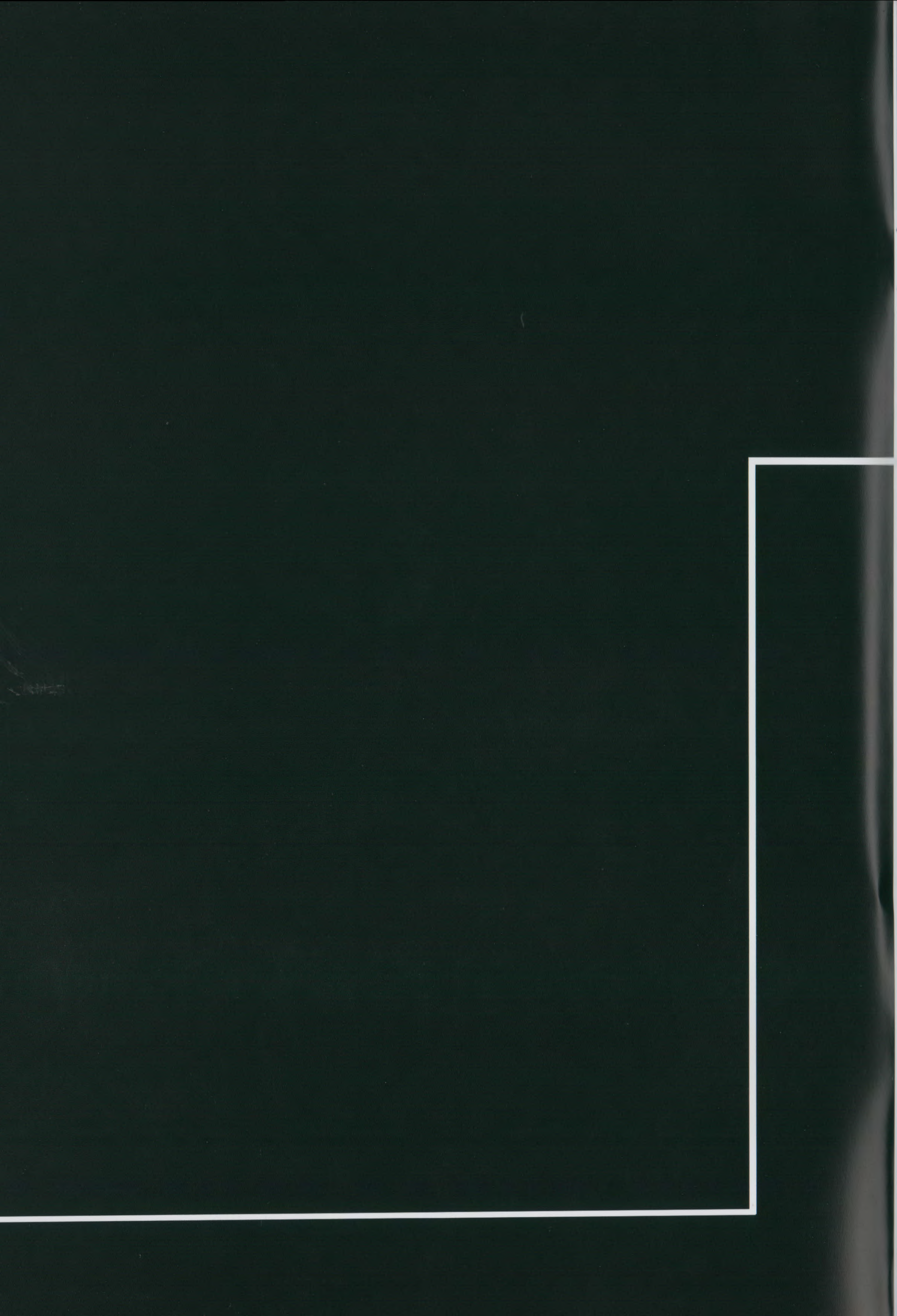
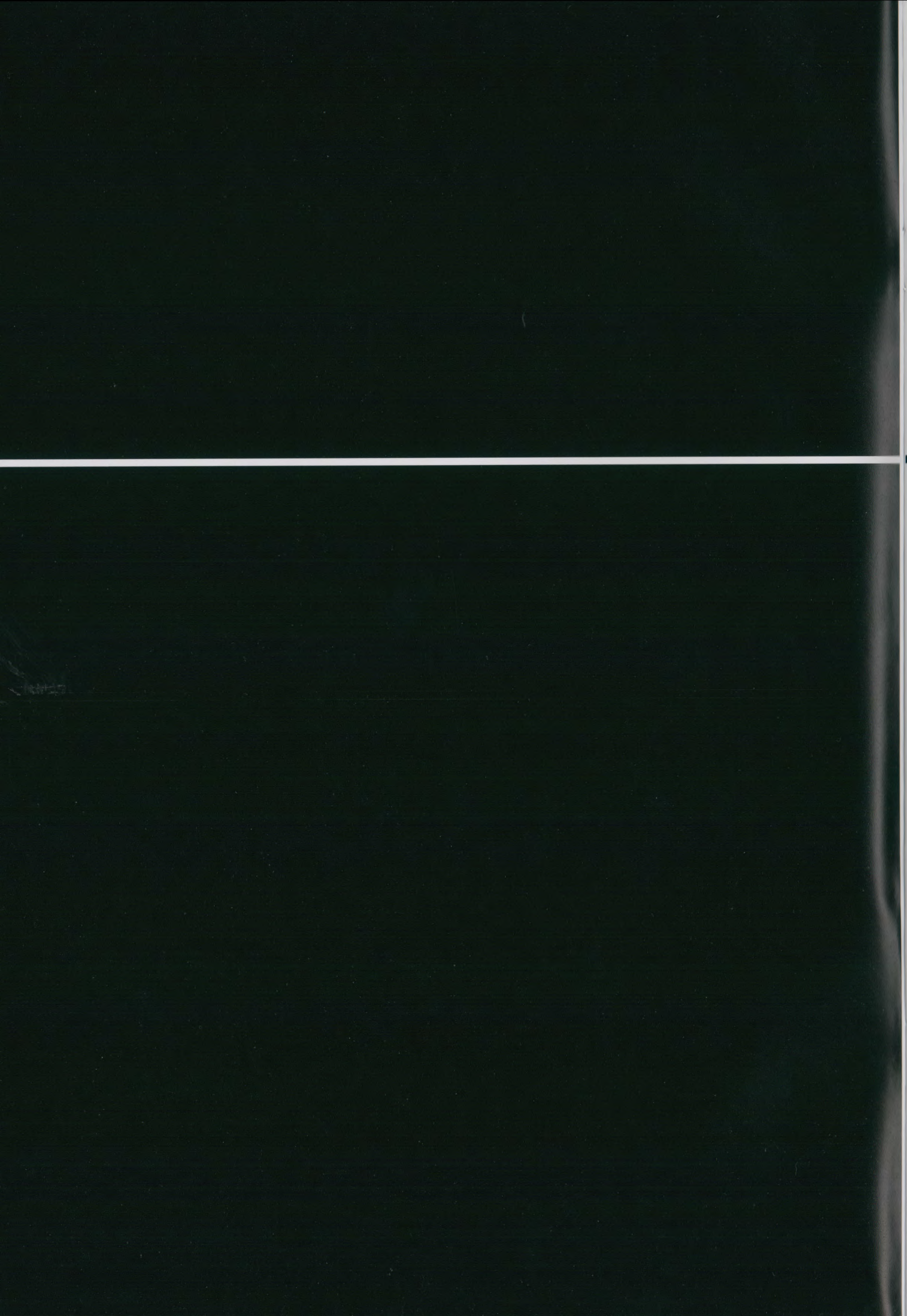
Masiyot – Bildung, Aufklärung, Kritik e.V.

Mythos #Israel 1948



Über den Verein

Masiyot – Bildung, Aufklärung, Kritik e.V. ist ein Zusammenschluss von Juden und Nicht-Juden mit und ohne Migrationshintergrund, der seit 2022 besteht und Menschen mit verschiedensten Expertisen vereint – etwa Geschichte, Sozialpädagogik, Kulturwissenschaften, Psychologie, Jüdische Studien, Kunst- und Kulturvermittlung. Unser Ziel ist es, über Bildung, Aufklärung und Kritik das Bewusstsein für autoritäre Ideologien zu schärfen und ein positives Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Kultur zu fördern. Durch kritische Bildungs- und Aufklärungsarbeit wollen wir insbesondere Antisemitismus bekämpfen, Toleranz und interkulturellen Austausch fördern und so die Zivilgesellschaft stärken sowie jüdischen Stimmen in Deutschland mehr Gehör verschaffen. Der Vereinssitz befindet sich in Berlin-Neukölln – was auch mit dem Ziel verbunden ist, innerhalb dieses Bezirks zukünftig antisemitismuskritische Projekte zu verwirklichen.



Inhalt

Einleitung S. 4

Zeitstrahl zur Staatsgründung Israels S. 5–16

Mythos#1 S. 17–22
Vor der Staatsgründung Israels lebten Juden und Muslime friedlich zusammen

Mythos#2 S. 23–28
Israel wurde auf gestohlenem palästinensischem Land errichtet

Mythos#3 S. 29–32
Die Staatsgründung Israels ist eine Folge des Holocausts

Mythos#4 S. 33–40
Israel ist ein kolonialistisches Projekt und Produkt des westlichen Imperialismus

Mythos#5 S. 41–44
Israel ist Schuld an der Nakba

Über die Autoren S. 45

Quellen S. 47

Impressum S. 48



Einleitung

Um das Land Israel kursieren seit der Staatsgründung im Jahr 1948 Gerüchte und Mythen, die eine einseitige und vereinfachte Sichtweise auf dieses komplexe historische Ereignis befördern – und nicht selten auch in israelbezogenem Antisemitismus Ausdruck finden. Vorurteile gegen den jüdischen Staat, der spätestens seit dem antizionistischen Turn nach 1968 zum „Juden unter den Staaten" (Léon Poliakov) wurde, sind in Deutschland weit verbreitet und manifestieren sich auch in Berlin regelmäßig auf der Straße. Begriffe wie Kolonialherrschaft, Apartheidstaat und Besatzungsmacht kommen vermehrt zum Einsatz und prägen die mediale, politische und zunehmend auch die akademische Debatte. Tatsächlich sind die Ereignisse und Hintergründe der Staatsgründung Israels jedoch in der breiteren Öffentlichkeit zu großen Teilen unbekannt, insbesondere im Internet bricht sich oft ein gefährliches Halbwissen Bahn. Immer wieder und von unterschiedlicher Seite wird dabei das Existenzrecht des Staates Israel infrage gestellt.

Mit dem Projekt „Mythos#Israel1948" möchten wir gängige Mythen um die Entstehung und die Gegenwart Israels dekonstruieren und so Argumentationshilfen und -strategien an die Hand geben, um ein differenzierteres Bild vom jüdischen Staat zu vermitteln. Die hier zusammengestellten Texte – zwei eigens für das Projekt verfasste Originalbeiträge und drei Übersetzungen aus dem Englischen – problematisieren bzw. entkräften fünf verbreitete Vorstellungen rund um die Geschichte und Erinnerung der Staatsgründung. Der den Texten vorangestellte Zeitstrahl gibt einen Überblick über die wichtigsten historischen Daten und Figuren und ermuntert hoffentlich zur weiteren Auseinandersetzung mit diesem Ereignis, das dieses Jahr sein 75. Jubiläum feiert.

Zeitstrahl zur Staats-gründung Israels

1882–1903

Getrieben durch andauernde Pogrome wandern in der ersten Alija (pl. „Alijot", „Aufstieg [nach Zion]" bezeichnet die jüdischen Einwanderungswellen nach Palästina) bis zu 30.000 Menschen aus Osteuropa in das zur osmanischen Provinz Damaskus gehörende Gebiet Palästina ein. Auf dem Bild zu sehen: Die Klagemauer, 1899.



Bild 1

1904–1914

Während der zweiten Alija wandern weitere 35.000–40.000 Jüdinnen und Juden nach Erez Israel ein. Die jungen Pioniere, auch „Chaluzim" genannt, gründen kollektive landwirtschaftliche Dörfer: Kibbuzim – die den ökonomischen Grundstock des sozialistischen Zionismus in Palästina formen. Auf dem Bild: Kindergarten in Rishon-Le'zion, Bildung in Israel, 1898.



Bild 2

1916

Großbritannien und Frankreich beschließen geheim das ***Sykes-Picot-Abkommen***, in dem sie das Gebiet des Osmanischen Reichs in Einflusssphären aufteilen.

1914

Das Osmanische Reich stellt sich im Ersten Weltkrieg auf die Seite der Mittelmächte Deutschland und Österreich-Ungarn.

1909

Gründung Tel Avivs

Die 66 Familien, Mitglieder des Hausbauvereins „Achuzat Bayit", bei der Auslosung der 60 Bauplätze auf dem 4,85 Hektar großen Grundstück, das der Verein erworben hat.

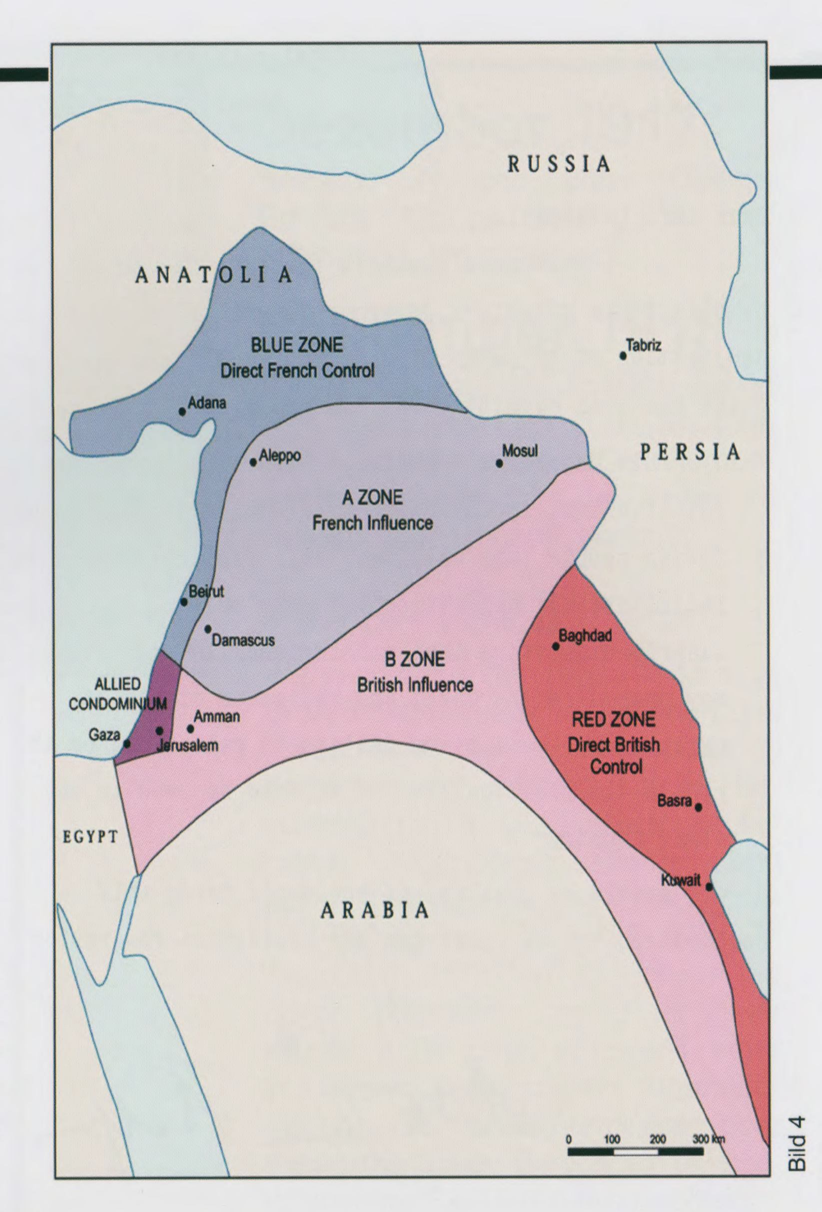


Bild 4



Bild 3

Foreign Office,

November 2nd, 1917.

Dear Lord Rothschild,

I have much pleasure in conveying to you, on behalf of His Majesty's Government, the following declaration of sympathy with Jewish Zionist aspirations which has been submitted to, and approved by, the Cabinet

"His Majesty's Government view with favour the establishment in Palestine of a national home for the Jewish people, and will use their best endeavours to facilitate the achievement of this object, it being clearly understood that nothing shall be done which may prejudice the civil and religious rights of existing non-Jewish communities in Palestine, or the rights and political status enjoyed by Jews in any other country"

I should be grateful if you would bring this declaration to the knowledge of the Zionist Federation.

Yours
Arthur James Balfour

Bild 5

02.11.1917

Am 2. November 1917 schreibt der britische Außenminister Arthur James Balfour (1848–1930) einen Brief an Walter Rothschild (1868–1937), der als ***Balfour-Deklaration*** in die Geschichte einging. Das Dokument stellt die Bildung einer nationalen „Heimstätte" der Juden in Aussicht.

Verehrter Lord Rothschild,

ich bin sehr erfreut, Ihnen im Namen der Regierung Seiner Majestät die folgende Erklärung der Sympathie mit den jüdisch-zionistischen Bestrebungen übermitteln zu können, die dem Kabinett vorgelegt und gebilligt worden ist:

Die Regierung Seiner Majestät betrachtet mit Wohlwollen die Errichtung einer nationalen Heimstätte für das jüdische Volk in Palästina und wird ihr Bestes tun, die Erreichung dieses Zieles zu erleichtern, mit der Maßgabe, dass nichts geschehen soll, was die bürgerlichen und religiösen Rechte der bestehenden nicht-jüdischen Gemeinschaften in Palästina oder die Rechte und den politischen Status der Juden in anderen Ländern in Frage stellen könnte.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie diese Erklärung zur Kenntnis der Zionistischen Weltorganisation bringen würden.

Ihr ergebener Arthur Balfour

Text 1

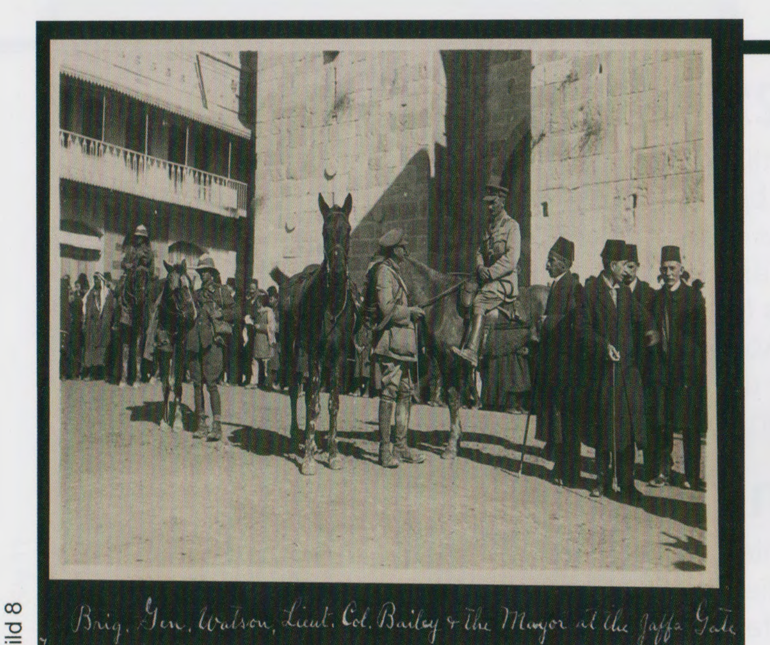


Bild 8

Dezember 1917

Britische Truppen unter General Edmund Allenby (1861–1936) marschieren in Jerusalem ein.

September 1918

Die letzten osmanischen Bastionen in Palästina werden durch die britische Armee eingenommen. Die vierhundertjährige Herrschaft der Türken im Nahen Osten ist damit beendet.

1919–1923

Während der dritten Alija wandern ca. 37.000 osteuropäische Jüdinnen und Juden nach Israel ein. Viele von ihnen betätigten sich schon in ihren Herkunftsländern in sozialistisch-zionistischen Jugendorganisationen und waren Vertreter der sog. „Hachscharah"-Bewegung. Unter den Neueinwanderern befinden sich auch die ersten Mitglieder des „Haschomer Hazair“ („Der junge Wächter“), einer in Galizien entstandenen Jugendbewegung, die frei von familiären oder anderen sozialen Bindungen eine revolutionäre Existenz führen wollten.

1920

Großbritannien schickt erstmals einen „Hochkommissar" nach Palästina. Der jüdische liberale Politiker und Diplomat Herbert Louis Samuel bemüht sich um einen Interessenausgleich zwischen Juden und Arabern.

April 1920

Eine Gewaltwelle arabischer Bewohner Jerusalems auf die jüdische Bevölkerung breitet sich aus. Unter den Augen britischer Soldaten, die dem Pogrom nicht Einhalt bieten, werden sieben Juden ermordet und zweihundert zum Teil schwer verletzt.



Bild 6

Bild 7

Zur selben Zeit

Josef Trumpeldor (1880–1920) und Wladimir Zeev Jabotinsky (1880–1940) stellen eine Jüdische Legion in der britischen Armee auf.


Bild 10

1922/1923

Der britische Kolonialminister Winston Churchill (1874–1965) besucht Palästina und schlägt die Teilung des Landes vor. Alle Gebiete östlich des Jordans – vier Fünftel Palästinas – werden ausgegliedert und in ein halbautonomes Staatsgebiet unter dem jordanischen Herrscher Emir Abdallahs I. (1882–1951) umgewandelt. Ein Jahr später unterstellen die Briten die Golanhöhen den französischen Behörden in Syrien.

Juni 1922

Die Briten begrenzen im Rahmen einer Grundsatzerklärung die Einwanderung von Jüdinnen und Juden und legen fest, die Alija fortan der wirtschaftlichen Aufnahmefähigkeit des Landes anzupassen und ein letztlich binationales „arabisch-jüdisches Palästina" errichten zu wollen.

1922

Der Rat des Völkerbundes, eine zwischenstaatliche Organisation die als Vorläufer der Vereinten Nationen gilt, betraut die Briten offiziell mit dem Mandat für Palästina – es sollte so lange gelten, bis das Land seine vage in Aussicht gestellte Unabhängigkeit erlangen würde.


Bild 9

Mai 1921

In Jaffa eskalieren blutige Unruhen zwischen Arabern und Juden. 47 Jüdinnen und Juden werden getötet. Weitere Zusammenstöße finden in Haifa, Hadera, Petach Tikva, Rechovot und Jerusalem statt.

1921

Angesichts der arabischen Unruhen wird die „Hagana" ins Leben gerufen, eine militärische Untergrundorganisation, die jüdische Siedlungen schützen soll und auf diese Weise das Gewaltmonopol der Briten in Frage stellte.

1921

Louis Samuel ernennt den radikal-islamischen Religionsführer Mohammed Amin Al-Husseini (1893–1974) zum Großmufti von Jerusalem.


Bild 11

1924/1925

Repräsentanten des „Jischuws", der jüdischen Gemeinschaft in Palästina, eröffnen in Jerusalem die Hebräische Universität und in Haifa die Technische Universität „Technion".

1928

Der Großmufti von Jerusalem initiiert an der Klagemauer gewaltsame Übergriffe. Betende Jüdinnen und Juden werden belästigt und es kommt zu Steinwürfen. Die Gewalt eskaliert daraufhin weiter.

Sommer 1929

Weitere Ausschreitungen zwischen Arabern und Juden in Jerusalem. Parallel begehen arabische Muslime Massaker an den in Hebron lebenden Juden.


Bild 12

1930–1939

Während der fünften Alija strömen ca. 197.000 Jüdinnen und Juden nach Palästina: Die meisten von ihnen sind weder Zionisten noch Sozialisten, sondern stammen aus der Mittelschicht.

August 1933

Um die Auswanderung deutscher Jüdinnen und Juden nach Palästina zu beschleunigen wird das sogenannte ***Ha'avara-Abkommen*** abgeschlossen, in dessen Rahmen bis 1939 mehr als 50.000 deutsche Juden, davon allein 38.000 im Jahr 1933, nach Palästina und vor der Vernichtung der Deutschen fliehen.





Bild 13

Dezember 1931

In Jerusalem findet der ***1. Islamische Weltkongress*** unter der Federführung des Großmuftis statt. Die Rolle Jerusalems wird auch außerhalb Palästinas in das Bewusstsein der muslimischen Welt getragen. Gleichzeitig formieren sich paramilitärische arabische Jugendverbände zu terroristischen Untergrundmilizen.

April 1931

Beginn des arabischen Aufstandes gegen Briten und Juden. Im Jahr 1936 erreicht er seinen Höhepunkt, insbesondere im Herbst 1937 und im Jahr 1939 folgen weitere schwere Ausschreitungen. Ein vom Arabischen Hohen Komitee initiierter Generalstreik, der von einer bis dato beispiellosen Gewalt begleitet wird, erstreckt sich zeitweise über ganz Palästina. Der Aufstand führt zu Massakern an Jüdinnen und Juden, Felder werden zerstört, Plantagen, Läden und Fabriken geplündert. Im Gegensatz zu der eher defensiven Hagana, der halbamtlichen Untergrundarmee des Jischuws, setzen revisionistische jüdische Milizen vor allem ab 1938 auf gegenterroristische Mittel. Letztlich sind es jedoch einerseits die erbitterten Operationen britischer Militärverbände, andererseits aber auch die internen Zwistigkeiten unter den Aufständischen, die den Unruhen ein Ende bereiten.

1936

Die Londoner Regierung verhängt für jüdische Flüchtlinge drastische Einreisebeschränkungen, da die jüdische Einwanderung auf erbitterten arabischen Widerstand stößt.

1937

Der Großmufti von Jerusalem entwickelt mit dem NS-Regime die Grundlage einer Kooperationsvereinbarung. Als Gegenleistung für Waffen und andere Hilfslieferungen an seine nationalistische Bewegung bietet er die Verbreitung von Nazipropaganda im islamischen Raum an.

Juli 1937

Eine britische Regierungskommission entwickelt den ***Peel-Plan***, bei dem etwa 20% des Mandatsgebiets den jüdischen und 80% den arabischen Einwohnern zugesprochen wird. Der Teilungsplan der Peel-Kommission wird von der jüdischen Seite trotz Vorbehalten akzeptiert. Die arabische Seite lehnt ihn dagegen ab, sodass die Teilungspläne 1938 schließlich ganz fallengelassen werden.

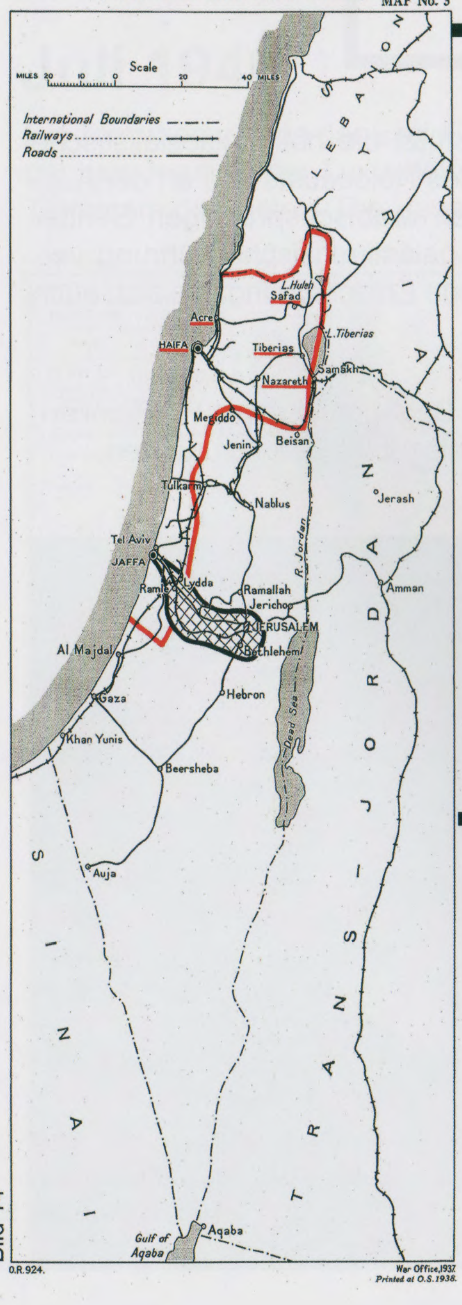


Bild 14

Mai 1939

Das britische ***Weißbuch***, demnach Palästina binnen 10 Jahren ein unabhängiger Staat werden soll, wird veröffentlicht. Für die Zeit von 1939–1945 sieht das Weißbuch vor, dass in Palästina nur noch 75.000 Jüdinnen und Juden aufgenommen werden. Danach soll ein Einwanderungsstopp folgen. Außerdem sollen arabische Grundstücke nicht mehr an Juden verkauft werden dürfen. Als Reaktion darauf starten britische Juden eine Petition mit der Forderung, die Einwanderungsbeschränkungen für verfolgte jüdische Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Mitteleuropa nach Palästina zu lockern.

Bild 15

April 1944

Mehrere zionistische Gruppen (Ezel-Gruppe, Hagana, Lechi) vereinigen sich zur ***Jüdischen Widerstandsbewegung*** und beginnen den bewaffneten Kampf gegen die Briten.

Ab 1941

Eliteeinheiten der ***Hagana*** (Palmach) beteiligen sich im Rahmen einer Jüdischen Brigade direkt am Krieg gegen Deutschland.



Bild 17

1945–1941

Al-Husseini residiert in Berlin und unterstützt die nationalsozialistische Diktatur. Er beteiligt sich an Verbrechen des Holocausts und an der Ausstrahlung von Radiopropaganda über den arabischsprachigen Sender "Zeesen" im Nahen Osten. Die arabisch-palästinensische Führung verbündet sich offen mit dem NS-Regime – eine Entscheidung, die sich auch gegen die britische Kolonialpolitik richtet.

1941

Adolf Hitler kündigt bei einer persönlichen Begegnung mit al-Husseini an, "die Judenfrage auch im britischen Mandatsgebiet lösen" zu wollen.



Bild 16

1945

Nach dem Ende des Zweites Weltkrieges setzen die Briten aus kolonial- und ölpolitischen Motiven ihre proarabische Politik fort, behalten die Einwanderungseinschränkungen bei und lassen die sogenannten ***Displaced Persons***, die in Europa gestrandeten Überlebenden der Shoah, nicht ins Land.

Rechts im Bild: Drei junge jüdische DPs schauen aus dem Fenster ihres Zuges und halten eine selbst gebastelte zionistische Fahne in der Hand, als sie von Buchenwald aus die erste Etappe ihrer Reise nach Palästina antreten.



Bild 18

Juli 1946

Ein Terrorkommando der Ezel-Gruppe sprengt das britische Militärhauptquartier im Südflügel des Jerusalemer Luxushotels "King David" in die Luft; 91 Menschen sterben in den Trümmern des Hotels. Die Hagana beendet daraufhin ihr Bündnis mit Ezel.

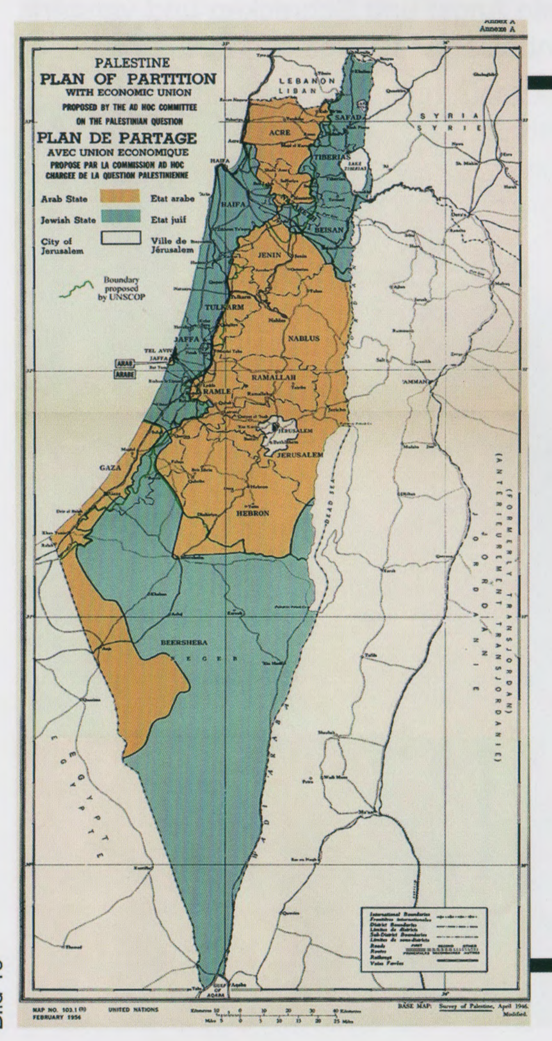


Bild 19

November 1947

Die UNO-Vollversammlung beschließt auf Empfehlung der zuvor eingesetzten Untersuchungskommission über Palästina (UNSCOP) mit Zweidrittel-Mehrheit, das Land zwischen Jordan und Mittelmeer in einen jüdischen und in einen arabischen Staat aufzuteilen. Die zwei Staaten sollen jeweils aus drei größeren Enklaven bestehen, die es über exterritoriale Straßen und als Wirtschaftsunion miteinander zu verbinden gilt. Der Plan sieht außerdem vor, die Städte Jerusalem und Bethlehem wegen ihrer religiösen Bedeutung unter internationale Verwaltung zu stellen.

Ende 1947

Während die Parteien des Jischuws die historisch einmalige Chance auf Bildung eines jüdischen Nationalstaates ergreifen wollen, lehnt die arabische Welt den Plan zur Teilung Palästinas in zwei Staaten vehementer denn je ab.


Bild 21

15. Mai 1948

Fünf Armeen der Arabischen Liga überschreiten ihre Landesgrenzen, um das „zionistische Gebilde" auszulöschen. Die Ägypter erobern den Gazastreifen und die Jordanier das Westjordanland einschließlich Ost-Jerusalems samt den religiös bedeutsamen heiligen Stätten.

14. Mai 1948

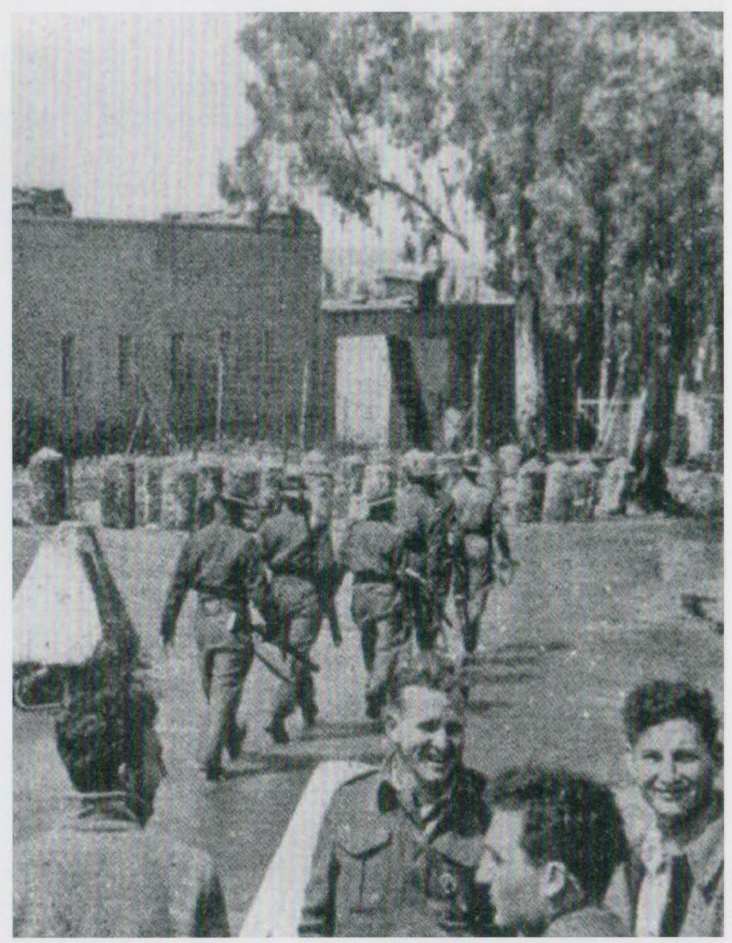
Der Staat Israel wird von David Ben-Gurion in Tel Aviv ausgerufen.

8. April 1948

Eine Abteilung der Ezel-Miliz verübt ein Massaker im arabischen Dorf Deir Yassin. Die Lechi-Gruppe verbreitet mit terroristischen Mitteln Angst und Schrecken und verstärkt die Massenflucht der Araber aus den jüdisch kontrollierten Gebieten.

1. April 1948

Die Hagana geht mit der ***Operation Dalet*** in die Offensive. Ziel ist es, alle Gebiete, die die UNO der jüdischen Seite zugesprochen hatte, militärisch zu sichern – wenn möglich, auch die jüdischen Siedlungen jenseits dieser Linie. Bis zur Staatsgründung werden die Ziele der **Operation Dalet** fast vollständig umgesetzt.


Bild 20

Anfang 1948

Ein „Krieg der Straße" bricht aus. Die Araber beginnen einen bewaffneten Aufstand gegen die jüdische Bevölkerung in Palästina, angefeuert durch den Großmufti von Jerusalem. Parallel dazu zieht sich die britische Armee mehr und mehr zurück.

Sommer 1948

Die Israelis können die arabischen Armeen zurückdrängen und ihr von der UNO zugesprochenes Territorium erweitern.

Februar 1949

Das Waffenstillstandsabkommen von Rhodos zwischen Israel, Ägypten, Jordanien, Libanon und Syrien wird unterzeichnet. Es wird eine Trennlinie, auch bekannt als ***grüne Linie***, festgelegt.

1948/1949

Zwischen 600.000 und 750.000 Araberinnen und Araber fliehen aus ihrer Heimat. Gründe dafür sind die Auswirkungen der Kampfhandlung auf die jüdisch kontrollierten Gebiete, einzelne Fälle von Vertreibungen durch das israelische Militär oder freiwillige Aussiedlung als Folge der arabischen Propaganda, die die Flüchtlinge zum „vorübergehenden" Verlassen der Heimat animiert und nach dem Sieg über die „Zionisten" eine glorreiche Rückkehr in Aussicht stellt.

Bild 22

1952

Nach der Staatsgründung Israels verschlechtert sich die Lage der Juden in den arabischen Ländern drastisch, es folgen ethnische Säuberungen und Vertreibungen. Infolgedessen haben fast 600.000 Juden aus verschiedenen arabischen Staaten ihre Heimatländer verlassen und sind zum Großteil nach Israel eingewandert.



Bild 23

Mythos#1
Vor der Staatsgründung Israels lebten Juden und Muslime friedlich zusammen

Kein Land von Milch und Honig. Juden und Araber in „Palästina" vor der Staatsgründung Israels

Ein Text von Alex Carstiuc

Nach der zweiten Zerstörung des Tempels durch die Römer (70 n. Chr.) und dem erfolglosen Aufstandsversuch der Juden im Jahr 132 (sog. Bar-Kochba-Aufstand) vertrieben die Römer große Teile der jüdischen Bevölkerung, die sich sukzessive im gesamten römischen Reich ansiedelte, und nannten die vormaligen Gebiete Juda und Israel Palästina. Juden lebten jedoch weiterhin in dieser Region, die Siedlungskontinuität war ungebrochen. Nach einer Phase der christlichen Herrschaft wurde das Gebiet 637 dem arabisch-islamischen Großreich eingegliedert. Nach den Kreuzrittern, Mongolen und der erneuten arabischen Herrschaft erlangten schließlich 1516 die Osmanen die Herrschaft über Palästina. Die Herrschaft islamischer Großreiche war keineswegs so tolerant wie heute oft kolportiert:

> Da der Islam sich mitnichten auf das Alte Testament berief, war die Beziehung zwischen Arabern und Juden weniger verworren – und weniger paradox – als das jüdisch-christliche Verhältnis. Das allgemeine Prinzip findet sich im Koran: Die Heiden müssen dem Schwert zum Opfer fallen, aber die „Völker des Buches“, also Christen und Juden, sollen verschont bleiben. Als „Schutzbefohlene“ („Dhimmi“) geduldet, waren sie gezwungen, den wahren Gläubigen Tribut zu zollen und auf verschiedene Weise ihre Unterwerfung und Unterlegenheit zu bezeugen. Unter diesen Bedingungen hatten die Juden, die weniger zahlreich waren als die Christen, nicht das Privileg, die einzigen Ungläubigen zu sein, das heißt nicht die einzigen Sündenböcke. Dennoch wurden sie oft verfolgt und in der Regel verachtet. Das arabische „Yahoudi“ hatte den gleichen Klang wie „Jud“ oder „Jid“ in europäischen Redewendungen. Entsprechend wenig zimperlich geht der Koran mit diesen Ungläubigen um, die die Lehre des Propheten abgelehnt hatten: „Wir haben sie verflucht und ihre Herzen hart gemacht. Sie verdrehen den Sinn der Worte, und sie haben einen Teil von dem vergessen, womit sie ermahnt worden waren. Und du wirst immer wieder Verrat von ihnen erfahren – bis auf wenige von ihnen.“

Léon Poliakov: Von Moskau nach Beirut. Essay über die Desinformation. Freiburg/Wien 2022, S. 108.

So beschrieb Léon Poliakov (1910–1997), einer der ersten Historiker der Shoah, die islamische Judenfeindschaft, die sich auch immer wieder gewaltsam wie beim Pogrom in Grenada 1066 oder in vielerlei anderen Gewaltexzessen gegen die Juden Bahn brach. Im 20. Jahrhundert fanden zudem die „Protokolle der Weisen von Zion“, eine antisemitische Fälschung, die postuliert, es gäbe eine jüdische Weltverschwörung, weite Verbreitung auch in der arabischen Welt.

Die Idee und die Bewegung des Zionismus bekamen ihren großen Auftrieb mit den Pogromen und der Radikalisierung des Antisemitismus in Europa im 19. Jahrhundert. Die erste große Alija (Einwanderungswelle) von vor allem osteuropäischen Juden war eine Reaktion auf die Pogromwelle im russischen Zarenreich 1881. 1897 gewann die Idee des politischen Zionismus nach dem Ersten Zionistenkongress in Basel, den Theodor Herzl (1860–1904) einberufen hatte, weiteren Zulauf. Herzls Schrift „Der Judenstaat" (1896) sah einen mehrsprachigen sozialen Staat im historischen Kernland der Juden als Schutzraum vor dem grassierenden Antisemitismus vor.



Die Klagemauer 1899. Quelle: Heritage Conservation Jerusalem via the PikiWiki - Israel free image collection project

Die Osmanen hatten bis dato nicht zwischen dem späteren britischen Mandatsgebiet Palästina, Syrien, dem Libanon und Jordanien unterschieden. Es existierte kein palästinensisches Nationalbewusstsein (dies sollte erst ab den 1960er-Jahren und oft mit Zwang durchgesetzt entstehen), viele Araber waren christlichen Glaubens, zudem gab es sehr viele ethnische und religiöse Minderheiten. Das Land war vergleichsweise dünn besiedelt und das osmanische Reich schon länger in einer existentiellen Krise. Die Region war gekennzeichnet durch Unterentwicklung: Krankheiten (insbesondere Malaria), Analphabetismus, Wassermangel und ein archaisches Clansystem machten der Bevölkerung zu schaffen. Daher gab es anfangs viele Araber, die das Siedlungsprojekt der Zionisten begrüßten, da diese moderne Bildung, Technik, Medizin und neue landwirtschaftliche Anbaumethoden in die Region brachten und ein egalitäres Gemeinwesen, das auf der Idee der sozialistischen Gemeinwirtschaft im Kibbuz und der Frauenemanzipation beruhte, etablieren wollten.

Großbritannien hatte das Gebiet 1917 während des Ersten Weltkriegs erobert und bekam in der Folge auch das Mandat des Völkerbundes übertragen. Die Briten ernannten 1921 den erst 26-jährigen Amin al-Husseini (1895–1974) zum Großmufti von Jerusalem. Seine Anhänger, frühe Islamisten, gingen gewaltsam gegen die Juden im Land und gegen diejenigen Araber vor, die mit ihnen zum Wohle des Landes zusammenarbeiten wollten. 1929 verübten die Anhänger des Muftis ein Pogrom mit vielen Toten in der Stadt Hebron, wo seit jeher eine jüdische Gemeinde existiert hatte. Im sogenannten arabischen Aufstand von 1936 setzten sich die Anhänger des Muftis, der ein glühender Antisemit war, endgültig auch gegen moderatere arabische Fraktionen durch und verübten hunderte Terrorakte und zahlreiche Morde.



Geschändete Synagoge, Hebron 1929. Quelle: American Colony (Jerusalem), Photo Dept., Wikimedia Commons.

Die britische Mandatsmacht reagierte mit Zugeständnissen und verbot ab 1939, also genau zu jener Zeit als die Bedrohungen gegen die Juden in Europa zunahmen, beinahe jegliche jüdische Einwanderung nach Palästina. Hunderttausende, die in der Shoah, dem sechsmillionenfachen Massenmord der Deutschen und ihrer Verbündeten in Europa zum Opfer fielen, hätten in jener Zeit gerettet werden können. Husseini arbeitete in der Folgezeit eng mit den Nazis zusammen, war unmittelbar an der Shoah beteiligt und initiierte die Aufstellung einer Freiwilligendivision von muslimischen SS-Leuten. Die Nazis wiederum verbreiteten ihre hasserfüllte antisemitische Propaganda und ihre Pamphlete in der gesamten arabischen Welt, was bis heute seine Wirkung zeigt.

Mittlerweile hatten sich auch jüdische Selbstverteidigungsorganisationen gegründet, die die Siedlungen beschützten. Deren bedeutendste, die Hagana, wurde nach der Staatsgründung in die israelischen Verteidigungskräfte überführt. Ein kleiner Teil ging angesichts des arabischen Terrors und der Repression der britischen Kolonialmacht zu Vergeltungsanschlägen und Gegenterror über.



Logo der Hagana. Quelle: Wikimedia Commons

Nach dem Massenmorden in Europa lebten nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs über 250.000 jüdische Überlebende, die ihre Heimat verloren hatten, in Lagern für Displaced Persons (DPs), traumatisiert, von Antisemitismus bedroht und in Armut lebend. Großbritannien verweigerte ihnen weiterhin gewaltsam die Einwanderung, während jüdische Organisationen versuchten, sie illegal ins Land zu bringen. Die Situation im Mandatsgebiet Palästina selbst war von Gewalt und Terror geprägt. Ein Teilungsplan der UNO wurde 1947 von der jüdischen Seite begrüßt, von der arabischen einhellig abgelehnt. Angesichts der immer weiter eskalierenden Gewalt verkündete Großbritannien den Abzug aus Palästina. Die Zionisten um den späteren Ministerpräsidenten Ben-Gurion (1896–1973) rechneten zu Recht mit einem Großangriff der das Mandatsgebiet umgebenden neugegründeten arabischen Staaten. Israel verfügte zum Zeitpunkt der Unabhängigkeitserklärung über keine Armee, keine schweren Waffen und keine Flugzeuge.



Eine jemenitische jüdische Familie auf dem Weg durch die Wüste zu einem vom „Joint" eingerichteten Auffangslager bei Aden, 1. November 1949. Quelle: Zoltan Kluger, Wikimedia Commons

Nachdem die Terrorbanden des Muftis einzelne isolierte Kibbuzim erobert und deren Bewohner massakriert und die arabischen Staaten einen totalen Krieg gegen die Juden erklärt hatten, besetzten die jüdischen Verteidigungsorganisationen zentrale Straßen und sicherten wichtige Geländeabschnitte. Dabei kam es in Reaktion auf arabische Terrorakte vereinzelt zu Vertreibungen und Racheaktionen, eine systematische Vertreibung der arabischen Bevölkerung wurde jedoch weder geplant noch durchgeführt. Vielmehr forderten die Regierungen der sechs arabischen Staaten (Ägypten, Syrien, Transjordanien, Libanon, Irak, Saudi-Arabien), die Israel noch am Tag der Staatsgründung (15. Mai 1948) den Krieg erklärt hatten, die Bevölkerung zur Flucht auf, da sie davon ausgingen, damit Druck zu erzeugen, und gleichzeitig ihres Sieges sicher waren, der ihre triumphale Rückkehr ermöglichen würde.

Es kam jedoch anders: Die angesichts der Vernichtungsdrohungen hoch motivierte neugeschaffene jüdische Armee, die von vielen erst kurz vorher eingetroffenen Shoah-Überlebenden verstärkt wurde, besiegte die arabischen Streitkräfte und verteidigte ein zusammenhängendes Gebiet, das allerdings an der schmalsten Stelle nur 17 Kilometer tief war und nur die Randgebiete Jerusalems einschloss. Etwa 100.000 Juden flohen innerhalb des früheren Mandatsgebietes in sichere Regionen. Der Unabhängigkeitskrieg 1948/49 war mit etwa 6.500 Toten der verlustreichste Krieg in Israels Geschichte. Die arabischen Staaten verweigerten den geflohenen ca. 750.000 Arabern aus Palästina (bis heute) die Integration in ihre Gesellschaften. Hundertausende Araber blieben in Israel, sie und ihre Nachfahren besitzen die israelische Staatsbürgerschaft. Als Folge des Überfalls auf den Judenstaat wurden zudem 700.000 Juden aus den arabischen Ländern vertrieben und hunderte bei Pogromen ermordet.

Mythos#2
Israel wurde auf gestohlenem paläs-tinensischem Land errichtet

Das falsche Narrativ vom Landraub übersieht den Landkauf und will Israel das Existenzrecht absprechen

Ein Text von Michael Spaney

Jeder kennt die Aneinanderreihung von Landkarten von Israel und den Palästinensergebieten zu verschiedenen Zeiten im 20. Jahrhundert. Sie findet sich auch in fast jedem Schulbuch über den Nahostkonflikt. Die erste Karte zeigt den spärlichen jüdischen Landbesitz zu Zeiten des Britischen Mandats Palästina Anfang des 20. Jahrhunderts. Die zweite Karte zeigt den UNO-Teilungsplan von 1947, der einen jüdischen und einen arabischen Staat ähnlicher Größe vorsah. Auf der dritten Karte finden wir das Israel nach 1949 in seinen heute von der UNO anerkannten Grenzen zusammen mit dem Westjordanland und dem Gazastreifen und auf einer letzten Karte befinden sich noch zusätzlich jüdische Siedlungen im Westjordanland eingezeichnet. Das Nebeneinander der Karten erweckt den Eindruck, Israel würde sich permanent widerrechtlich Land aneignen, das eigentlich den Palästinensern gehöre. Doch das ist ein Mythos. Denn jede Karte beschreibt eine andere politische Konstellation und nicht den tatsächlichen Landbesitz.

Es ist umfangreich wissenschaftlich belegt, dass die zionistische Bewegung von Beginn an (d.h. ab Ende des 19. Jahrhunderts) alles Land in der Region Palästina käuflich erwarb. Der Landerwerb vollzog sich also als ein legaler Austausch von Kapital gegen eine offizielle Besitzurkunde. Meistens kaufte man von arabischen Großgrundbesitzern, die nicht vor Ort lebten. Manches Land wurde kirchlichen Eigentümern abgekauft. Manchen Landstrich kauften die Zionisten auch direkt vom Sultan des Osmanischen Reiches. Das Land wurde dann den jüdischen Neueinwanderern zur landwirtschaftlichen Bestellung von der zionistischen Bewegung verpachtet. Oft musste das Land erst für die Landwirtschaft urbar gemacht werden, Sümpfe mussten trockengelegt, Terrassen in hügeligem Gebiet angelegt, das Land von Gestein mühsam befreit und Trockengebiete erst bewässert werden. Anders als vielfach bis heute behauptet fand vor der Staatsgründung also kein Landdiebstahl statt, sondern per Kaufvertrag wechselte das Land seinen Besitzer in jüdische Hände, oftmals auch zu überhöhten Preisen, die die arabischen Eigentümer aufgrund der Nachfrage herausschlagen konnten.



Beispiel antiisraelische Propaganda, Karte, in: Julia Bernstein.

Die erste Karte beschreibt also nicht nur jüdischen Besitz und palästinensischen Besitz. Das nicht von Zionisten gekaufte Land konnte in den verschiedensten Händen sein, in staatlich-osmanischen, nicht-arabischen und eben nur zu einem geringen Anteil in palästinensischem Privatbesitz. Ganze Landstriche waren nicht im privaten Besitz und waren lediglich Staatsgebiet des Osmanischen Reiches. Der Landerwerb durch die Zionisten fand bis zur Staatsgründung auch während der britischen Mandatszeit immer legal statt. Das Geld dafür wurde von den Zionisten durch Spendensammlungen auf der ganzen Welt aufgetrieben. Wenn ein arabischer Großgrundbesitzer also an die Zionisten verkaufte, verloren die bisherigen arabischen Pächter zwar ihr Anrecht auf das Land, bestohlen wurden sie aber nicht. Die Karte kann also nur über den jüdischen Besitz zu jener Zeit Aufschluss geben.



Israelbezogener Antisemitismus. Erkennen – Handeln – Vorbeugen. Weinheim Basel. 2021. S. 170.

Die zweite Karte beschreibt den UNO-Teilungsplan. Die Weltgemeinschaft wurde von der bisherigen Mandatsmacht Großbritannien aufgefordert das Problem in Palästina zu lösen. Die Briten sahen sich selbst außerstande, die Angriffe von Arabern und Zionisten gegen sich und untereinander einzuhegen. Die Vollversammlung der UNO beauftragte ein Komitee, das die örtliche Bevölkerung und deren Politiker befragte. Es kam zu dem Schluss, das Land nach demografischen Gesichtspunkten zu teilen, in einen arabischen und einen jüdischen Staat von ähnlicher Größe. Dort, wo vorrangig arabische Siedlungen waren, sollte Palästina entstehen, die Gebiete, in denen vorrangig jüdische Siedlungen existierten, sollten zum jüdischen Staat gehören. Nur so, dachte man, konnte man die Streitigkeiten der beiden Bevölkerungsgruppen beenden und beide antikolonialen Ansprüche befriedigen. Im Übrigen sollten beide Staaten demokratisch sein, gleiche Rechte für Frauen garantieren und in einer Wirtschaftsunion zusammen agieren. Doch nur die jüdische Seite nahm diesen Teilungsplan an. Die arabische Seite lehnte diese friedliche Lösung ab.

Die zweite Karte zeigt also einen Lösungsvorschlag der UNO für ein Problem zweier Bevölkerungsgruppen und der britischen Mandatsmacht von November 1947 und keine Besitzverhältnisse. Dass der Vorläufer der UNO, der Völkerbund, bereits 1922 völkerrechtlich die Verbundenheit der Juden mit der Region Palästina anerkannt hatte und Großbritannien sogar aufforderte, bei der „Errichtung einer jüdischen Heimstätte in Palästina“ behilflich zu sein, fällt dabei genauso unter den Tisch wie der Umstand, dass Großbritannien zwischenzeitlich 77% des Mandatsgebiets Palästina an den jordanischen König als Staatsgebiet abgab. Auch die Tatsache, dass die jüdische Seite dem UNO-Teilungsplan zustimmte und die arabische ihn ablehnte, findet keine Berücksichtigung bei alleiniger Betrachtung der Karten ohne das nötige Faktenwissen. Wieder wird Landraub suggeriert, der nicht stattfand.



Israel wurde am 14. Mai 1948 als Staat gegründet und sah sich am nächsten Tag einem Angriffskrieg fünf arabischer Armeen ausgesetzt. Die arabischen Armeen haben diesen Krieg am Ende verloren und schlossen Anfang 1949 einen von der UNO vermittelten Waffenstillstand mit Israel, woraufhin Israel in diesen Grenzen als Vollmitglied in die UNO aufgenommen wurde.

Der Kartenvergleich zwischen der Karte des UNO-Teilungsplans und der Karte ab 1949 mit Israel, den palästinensischen Gebieten Westjordanland und Gaza zeigt also das Ergebnis eines Abwehrkrieges, den die arabische Seite begonnen und verloren hatte. Die Suggestion Israel habe sein Staatsgebiet gegenüber dem Teilungsplan unrechtmäßig erweitert, verschweigt diese Tatsache. Wer einen Krieg beginnt, weil er einen Lösungsversuch der UNO abschlägt und ihn dann verliert, kann nicht berechtigt sein, dabei verloren gegangenes Gebiet zurückzufordern. Jegliches In-Frage-stellen dieser Grenze würde auch gegen die Anerkennung Israels durch die UNO und das Existenzrecht Israels verstoßen. Hier sieht man also entgegen dem ersten Eindruck wieder keinen Landraub beim Vergleich der Karten, sondern das völkerrechtlich anerkannte Ergebnis eines arabischen Angriffskrieges, nachdem Israel unter großen Verlusten sich als siegreich erwies.

Betrachten wir die letzte Karte mit jüdischen Siedlungen im Westjordanland. Israel hat wiederum nach einem Defensivkrieg 1967 im Sechstagekrieg Land erobert und in der Folge dort Siedlungen errichtet. Die internationale Gemeinschaft und auch die EU und Deutschland betrachten dies als eine illegale Besatzung. Israel hat eine andere Auslegung des internationalen Rechts und sieht das Westjordanland als „umstrittenes Gebiet“, da es nie einen bestehenden Staat Palästina besetzt hatte. Den gab es nämlich nicht zu der Zeit.

Das Westjordanland wurde ab 1949 bis zum Sechstagekrieg 1967 von Jordanien regiert. Bei einer Versöhnung mit den Palästinensern wäre Israel bereit, Teile des „umstrittenen Gebiets" an den Staat Palästina, der heute von über 100 Staaten (Deutschland erkennt ihn nicht an) anerkannt wird, abzugeben. Darüber gab es Friedensverhandlungen, die aber immer wieder scheiterten.

Ein israelisches Gesetz erlaubt keine Siedlungen auf privatem palästinensischen Landbesitz im Westjordanland. Das hat der Oberste Gerichtshof Israels immer wieder bestätigt und die Regierung aufgefordert, illegal errichtete Siedlungen dort zu räumen. Die Umsetzung solcher Urteile wird mitunter sehr schleppend in Angriff genommen und oft verzögert.



All diese Fakten bleiben bei der Analyse der Karte mit den Siedlungen unberücksichtigt. Dass bei einem Friedensschluss das Problem der Siedlungen gelöst werden muss, ist unbestritten. Lösungsvorschläge lagen bei den gescheiterten Oslo-Friedensverhandlungen zur Jahrtausendwende auf dem Tisch. Israel hatte 1967 auch den ägyptischen Sinai besetzt. Nach dem Friedensschluss mit Ägypten 1979 hat es den Sinai zurückgegeben. Auch die Besatzung des Gazastreifens hat Israel 2005 beendet. Eine Lösung für das Westjordanland steht noch aus. Dies sollte man politisch-analytisch betrachten. Der falsche Mythos vom Landraub hilft dort nicht weiter. Auch wenn man die israelische Siedlungsbewegung kritisch se- hen muss, ist der generelle Vorwurf falsch und befeuert Antisemitismus. Juden ha- ben seit Jahrtausenden in der Region gelebt, auch nach der römischen Vertreibung von Jüdinnen und Juden aus Jerusalem. Die Zionisten haben dort legal Land erworben und Israel wurde auf Anregung der UNO legitimerweise gegründet und ist heute ein international anerkannter Staat. Wer mit dem Landraub-Vorwurf argumentiert, dämonisiert Israel und spricht ihm seine Legitimität ab, handelt also aus antisemitischen Motiven.

Mythos#3
Die Staatsgründung Israels ist eine Folge des Holocausts

Die Behauptung, Israel existiere wegen des Holocausts, bedeutet den Zionismus zu leugnen

Ein Text von Einat Wilf

Die Erzählung, dass der Staat Israel dem jüdischen Volk von der schuldbeladenen Welt nach dem Holocaust „geschenkt" wurde, kommt einer Leugnung des Zionismus gleich. Und auch die Behauptung, dass die Palästinenserinnen und Palästinenser ebenfalls ein Opfer Deutschlands und Europas sind, da ohne den Holocaust ihre Katastrophe vermieden worden wäre, bedeutet den Zionismus zu leugnen.

Eine solche Leugnung des Zionismus läuft darauf hinaus, die Geschichte der zionistischen Bewegung vor dem Zweiten Weltkrieg gänzlich auszublenden. Die Tatsache, dass der im Entstehen begriffene Staat Israel, abgesehen von dem entscheidenden Aspekt der Unabhängigkeit, faktisch am Vorabend des Zweiten Weltkriegs existiert hätte, wird dabei komplett vergessen. Ebenso wird dadurch ignoriert, dass der Staat Israel durch die Vision, den Willen und die außergewöhnliche Leistung weitblickender Jüdinnen und Juden entstanden ist, die den Grundstein für seine Unabhängigkeit gelegt haben. Israel wurde den Juden nicht „geschenkt", denn das letzte, was bei den europäischen Nationen am Ende des Weltkriegs auf der Tagesordnung stand, waren Schuldgefühle gegenüber Jüdinnen und Juden. In einigen europäischen Ländern begannen diese Gefühle erst nach einer Generation aufzutauchen, und in anderen Ländern ist bis heute nichts von Schuldgefühlen zu hören. So wie Indien und Pakistan und andere Nationen damals nicht die Ermordung eines Drittels ihres Volkes brauchten, um einen Staat zu erhalten, hätte das jüdische Volk am Ende des Zweiten Weltkriegs seinen eigenen Staat erlangt, nicht wegen des Holocausts, sondern wegen eines anderen Ergebnisses des Krieges, nämlich der Zerschlagung des britischen Empires.

Die Leugnung des Zionismus übergeht nicht nur die Vorkriegsgeschichte des Zionismus, sondern entzieht dem jüdischen Volk auch jegliches zionistische Bewusstsein – die Anerkennung dessen, dass Juden kraft ihrer Vision, ihres Willens und Wirkens als aktive Akteure in die Geschichte zurückkehren und eine Zukunft gestalten können, in der sie nicht die Opfer anderer sind. Der Staat Israel wird so zu einem „Geschenk", das den Juden aufgrund dessen gemacht wurde, was andere den Juden angetan haben – und nicht aufgrund dessen, was die Juden von selbst aus und für sich selbst getan haben.

Schlimmer noch: Mit der Leugnung des Zionismus wird versucht, Jüdinnen und Juden wieder auf ihren „rechtmäßigen" Platz in der europäischen Geschichte zu verweisen, als geduldetes Volk, dessen Schicksal von denen bestimmt wird, die geben und nehmen, wie es ihnen gefällt. Dies macht Israel – als einziges Land der Welt – zu einem Staat unter Vorbehalt, der so lange existieren darf, wie diejenigen, die ihn aus Gnade und nicht aus Recht erhalten haben, in den Augen derer, die ihnen das Land „gegeben" haben, Gefallen finden.

Wer den Zionismus leugnet, beraubt die Araber und unter ihnen auch die Palästinenser ihres Status als Volk mit einer alten und eigenständigen Kultur, das Standpunkte vertritt, die Auswirkungen haben. Aus der Sicht der Araber hätte die Akzeptanz des Teilungsplans die Überwindung einer jahrhundertealten kulturellen Konstruktion bedeutet, nach der die Juden Anhänger einer minderwertigen Religion sind, die aufgrund der Gnade der Mehrheit und langanhaltender Traditionen existieren darf, und nach der es nur möglich war, mit den Juden zusammen zu leben, solange sie ihren Platz kannten als Menschen, die den Muslimen und Arabern nicht gleichgestellt sind und sein können.

Es stimmt, dass die Araber angesichts der Tatsache, dass es im Land mehr Araberinnen und Araber als Juden gab, keinen Anreiz hatten, einen Kompromiss zu schließen und sich das Land mit der zionistischen Bewegung zu teilen. Dass sie aus dieser Perspektive Gründe hatten, den Teilungsplan abzulehnen, entbindet sie jedoch nicht von der Verantwortung für die Folgen. Wäre es ihnen gelungen, über ihre Geschichte hinauszuwachsen und sich nicht auf ihre zahlenmäßige Überlegenheit zu verlassen, hätten sie den Teilungsplan akzeptiert und sich nicht mit Gewalt dagegen gewehrt. Die Gründung Israels wäre nicht zu ihrem Desaster geworden.



Es gibt die Behauptung, nach der die Karte des Teilungsplans, in der es eine bedeutende arabische Minderheit innerhalb des jüdischen Staates gab, beweise, dass die zionistische Führung plante, das Gebiet von Arabern unabhängig von deren Zustimmung zur Teilung zu„säubern". Hierbei wird jedoch außer Acht gelassen, dass zur gleichen Zeit Hunderttausende von Jüdinnen und Juden in DP-Lagern in Europa und Zypern saßen und auf die Gründung des jüdischen Staates und die Öffnung der Tore für die Einwanderung warteten. Auf der Grundlage der Teilungskarte bestand keine Notwendigkeit für eine „Säuberung". Was nötig war, war die Öffnung der Tore für Juden – Tore, die ohne den Kampf der Araber gegen den Zionismus in den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg gar nicht erst geschlossen worden wären.

Solange die Welt auf der Grundlage des Prinzips der Selbstbestimmung der Völker und Nationen in etwa 200 Länder aufgeteilt ist, hat das jüdische Volk ein Recht darauf. Auch die palästinensischen Araber haben ein Recht auf Selbstbestimmung in einem Teil des Landes zwischen dem Jordan und dem Mittelmeer. Ihr Recht hat jedoch keinen Vorrang vor dem Recht der Juden, ebenso wenig wie das Recht der Juden in diesem Land Vorrang vor dem der Araber hat. Wenn die Araber anerkennen, dass das jüdische Volk ein gleichberechtigtes Recht auf Selbstbestimmung in einem Teil seines Heimatlandes im Land Israel hat, werden sie gewiss verstehen, dass sie ihre Forderung nach Rückkehr in alle Teile des Staates Israel aufgeben müssen. Dann werden sie in der Lage sein, ihr Land in einem Teil Palästinas zu errichten und das Recht der Palästinenser auf Rückkehr gesetzlich zu verankern, so wie es die Juden dank ihrer Vision, ihren Anstrengungen und ihrer Entschlossenheit getan haben.

Jüdische DPs, die auf den Transport zum Hafen von Neapel warten, in welchem sie ein Schiff nach Palästina besteigen werden, unterhalten sich mit Volkstänzen. Quelle: United States Holocaust Memorial Museum, 111-SC-273741 x

Mythos#4
Israel ist ein koloni-alistisches Projekt und Produkt des westlichen Imperialismus

Israel ist antirassistisch, antikolonial und antifaschistisch (und zwar von Anfang an). *Die Gründung Israels war kein Wunder, sondern das Ergebnis enormen moralischen und militärischen Mutes*

Ein Text von Jeffrey Herf

„Wer die Vergangenheit kontrolliert, kontrolliert die Zukunft. Wer die Gegenwart kontrolliert, kontrolliert die Vergangenheit."

Das berühmte Zitat aus George Orwells *1984* könnte auch für die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Nahen Ostens – wie bei vielen anderen Themen – in der heutigen akademischen Welt gelten. Ideologisch angetriebene Professoren haben versucht, 1948, dem Gründungsjahr Israels (und dem Jahr, in dem *1984* größtenteils geschrieben wurde), eine Version der Ereignisse aufzuzwingen, die nicht mit den Fakten übereinstimmt. Sie taten dies mit dem Ziel, die Kontrolle über die Zukunft zu gewinnen, indem sie in der öffentlichen Wahrnehmung ein Bild von Israel als Produkt des neokolonialistischen, amerikanischen Imperialismus prägten.

Wie ich in meinem Buch *Israel's Moment* darlege, könnte nichts weiter von der Wahrheit entfernt sein. Wenn es uns ernst damit ist, das aktuelle Anti-Israel-Narrativ an den Universitäten, in den Think Tanks, auf den Leitartikelseiten der Zeitungen und in anderen tonangebenden Institutionen anzufechten, müssen wir die moderne, säkulare Natur der zionistischen Gründergeneration in Erinnerung rufen und diese Erzählung korrigieren.

Was ist die eigentliche Wahrheit über die Gründung Israels, insbesondere hinsichtlich der ausländischen Akteure, die diese unterstützt haben?

Im Wesentlichen ist es so: Der jüdische Staat war das Projekt der antifaschistischen, antirassistischen, antikolonialistischen und antiimperialistischen Linken, einschließlich der Sowjetunion. Die Entscheidungsträger im amerikanischen und britischen außenpolitischen Establishment standen der Gründung Israels fast durchweg ablehnend gegenüber, mit der wichtigen Ausnahme von Präsident Harry Truman und zweitrangigen Beratern wie Clark Clifford. Wäre es nach dem britischen Außenministerium oder dem US-amerikanischen Außen- und Verteidigungsministerium und der CIA gegangen – den üblichen Übeltätern des westlichen Imperialismus – wäre der jüdische Staat eine Totgeburt geworden.

Diese Tatsachen werden heute weitgehend vergessen oder verschwiegen, nicht nur von den üblichen Kritikern Israels auf der äußersten Linken, sondern auch von vielen seiner Befürworter links und rechts der Mitte, die das Ausmaß von Trumans Unterstützung überbewerten und den Beitrag der Sowjetunion als unbedeutend hinstellen. Zwar gelang es den amerikanischen Außenpolitikern nicht, ihren Präsidenten Truman von seiner Unterstützung der Gründung Israels abzubringen, doch konnten sie ihn dazu bewegen, dass er von November 1947 bis Mai 1948 ein „neutrales" UNO-Waffenembargo befürwortete, von dem sie annahmen, dass es die Gründung Israels entweder verhindern oder den Staat unmittelbar in seinen Anfängen zerstören würde.

Ihr neutrales Embargo war allerdings überhaupt nicht neutral: Die Juden hatten weder einen Staat noch Waffen, um ihn zu verteidigen; die sie umgebenden arabischen Staaten hatten beides. Wie David Ben-Gurion dem ersten US-Botschafter in Israel sagte: Die Juden wären ausgerottet worden, wenn sie für ihr Überleben von den Vereinigten Staaten abhängig gewesen wären.

Warum war die US-amerikanische Administration 1947 so entschieden gegen das zionistische Projekt? Im Gegensatz zum gängigen Mythos war die Ablehnung nie nur die Ansicht der sogenannten „Arabisten" im Außenministerium. Sie wurde sowohl von Außenminister George Marshall als auch von dessen führenden Mitarbeiter George Kennan geteilt, die beide in einem jüdischen Staat in Palästina eine Bedrohung für den Zugang der USA und des Westens zum arabischen Öl und eine Beförderung der sowjetischen Expansionsbestrebungen im Nahen Osten sahen. Schließlich war es das Jahr, in dem die Vereinigten Staaten in enger Zusammenarbeit mit Großbritannien eine Politik der Eindämmung des Kommunismus in Europa und im Nahen Osten vorantrieben. Die Unterstützung des Sowjetblocks für die Zionisten verstärkte den Verdacht der Briten und Amerikaner, dass ein jüdischer Staat den Interessen der sowjetischen Expansion im Nahen Osten nützen würde.

Wie die „Palästina-Akten" des Außenministeriums aus den Jahren 1945 bis 1949 zeigen, befürchteten amerikanische und britische Geheimdienstler, dass eine große Zahl der jüdischen Flüchtlinge aus Europa, die nach Palästina gelangten, sich zu kommunistischen Agenten entwickeln. Marshall ernannte Kennan im Januar 1947 zum ersten Direktor des Planungsstabs (Policy Planning Staff). Kennan ist als Verfasser wichtiger Memoranden bekannt, in denen er sich für die Eindämmung des sowjetischen Expansionismus (Containment-Politik) ausspricht. Seine Rolle bei der Formulierung der amerikanischen Position zu einem jüdischen Staat ist dagegen weniger bekannt. In seinem „Report by the Policy Planning Staff on Position of the United States with Respect to Palestine" (Bericht des politischen Planungsstabs über die Position der Vereinigten Staaten zu Palästina) vom Januar 1948 schrieb Kennan, dass eine Unterstützung des UNO-Teilungsplans den amerikanischen Interessen in der Region schaden und „eine ernsthafte Bedrohung für den Erfolg des Marshall-Plans" darstellen würde, da der Ölimport nach Europa dadurch gefährdet sei.

Außerdem, so fügte Kennan hinzu, „kann die UdSSR von dem Teilungsplan profitieren, wenn er mit Gewalt umgesetzt wird", weil sich den Russen so die Möglichkeit bietet, sich an der „Aufrechterhaltung der Ordnung" in Palästina zu beteiligen. Die sowjetischen Streitkräfte in Palästina würden kommunistischen Agenten eine ausgezeichnete Basis bieten, von der aus sie ihre subversiven Aktivitäten ausweiten und versuchen könnten, die arabischen Regierungen durch „Volksdemokratien" zu ersetzen. Der Text war von zentraler Bedeutung und brachte den antizionistischen Konsens an der Spitze des nationalen Sicherheitsapparates der USA auf den Punkt.

Was wollten die Vereinigten Staaten stattdessen?

Im März 1948 drängte Warren Austin, der US-Botschafter bei der UNO, die Vereinten Nationen dazu, den Teilungsplan durch den Vorschlag einer Treuhandschaft zu ersetzen, welcher die Gründung eines jüdischen Staats in Palästina ausschließen würde. Der wütende, übergangene Präsident Truman brachte daraufhin die Palästina-Frage mit ins Weiße Haus. Truman war allerdings die Ausnahme in seiner eigenen Regierung – auch er war Antikommunist, der aber glaubte, dass die Unterstützung des neuen Staates Israel mit der Eindämmung der Sowjetunion vereinbar sei.



Treffen bei den Vereinten Nationen: Eliahun Eila (Sekretär der Jewish Agency in Washington), Andrei Gromyko (Außenminister und Vertreter der UdSSR bei den Vereinten Nationen) und Moshe Sharet (Vorsitzender der Jewish Agency), New York 1947. Quelle: Moshe Sharet Archive, Wikimedia Commons

Marshalls Außenministerium erkannte, dass die Eindämmung der Sowjetunion die Unterstützung der nichtkommunistischen und antikommunistischen Linken erforderte: der britischen Labour Party, der französischen und italienischen Sozialisten, der westdeutschen Sozialdemokraten. Was er und das britische Außenministerium jedoch nicht sehen konnten oder wollten, war, dass die Zionisten der Generation Ben-Gurions in ihrer überwältigenden Mehrheit die politischen Überzeugungen dieser Parteien links der Mitte teilten. Sie sympathisierten keineswegs mit dem Sowjetkommunismus. Clifford brachte dieses Argument vor: Israel wäre ein Gewinn und ein Verbündeter, nicht eine Bürde oder ein Gegner. Seine Argumentation fand außerhalb des Weißen Hauses jedoch kein Gehör.

Am 29. Mai 1949, nachdem die UNO-Vollversammlung für den Beitritt Israels gestimmt hatte, willigte Truman ein, ein vom Außenministerium verfasstes Schreiben an Ben-Gurion zu senden. In Anbetracht „der großzügigen Unterstützung [Amerikas] für die Gründung Israels", hieß es darin, sollte Israel die amerikanische Kritik an seiner Politik in Territorial- und Flüchtlingsfragen berücksichtigen, da sie sonst zu einer Neubewertung der US-Politik gegenüber Israel führen könnte. Ben-Gurion erklärte James McDonald, Trumans Botschafter in Israel, dass die Juden den Unabhängigkeitskrieg nur gewinnen konnten, weil sie die umfangreichen britischen, amerikanischen und schließlich auch UNO-Bemühungen unterliefen, die verhindern sollten, dass militärische Unterstützung nach Palästina und später nach Israel gelangte.

Mc Donald fasste Ben-Gurions Einwände gegen den Druck vonseiten der USA folgendermaßen zusammen:

„Der Premierminister kann sich keiner entschlossenen Maßnahmen der USA oder der UNO entsinnen, um die Beschlüsse vom 29. November durchzusetzen oder eine Aggression durch Syrien, Ägypten, Libanon und Irak zu verhindern. Stattdessen ermutigte das Embargo die Aggressoren gegen Israel, das in seiner Existenz bedroht war. Hätten die Juden auf die USA oder die UNO gewartet, wären sie ausgerottet worden. Israel wurde nicht auf der Grundlage des 29. November gegründet, sondern auf der Grundlage eines erfolgreichen Verteidigungskrieges. Daher sind die Empfehlungen des Schreibens ungerecht und unrealistisch, denn es ignoriert den Krieg und die anhaltenden arabischen Drohungen, die die Grenzen vom 29. November unmöglich machen."

Zum Glück für die Zionisten waren Moskau und seine Verbündeten ihre begeisterten Unterstützer.

Sie unterstützten schon vor der Abstimmung von 1947 die jüdische Einwanderung nach Palästina. Andrei Gromyko, der damalige sowjetische Botschafter bei der UNO, verblüffte seine Zuhörer, als er sich im Mai 1947 energisch für die Teilungsresolution aussprach. Die sowjetische Unterstützung hielt bis zur Verabschiedung der Resolution im November an. Sie blieb trotz der amerikanischen und britischen Bemühungen, die Resolution im folgenden Jahr rückgängig zu machen, bestehen, vor allem durch die Förderung der Lieferung von Militärgütern an Israel über die Tschechoslowakei im Jahr 1948.

Moskau wandte sich auch entschieden gegen den Plan des schwedischen Diplomaten Folke Bernadotte, eine föderale Union zwischen einem arabischen und einem jüdischen Staat zu errichten, Jerusalem zu internationalisieren, die vor den Kämpfen geflohenen Palästinenser zu repatriieren, die Negev-Wüste an Transjordanien abzutreten und Haifa zu einem Freihafen zu machen – all dies hätte die arabische Ablehnung belohnt, die neue „Union" verkleinert und dem jüdischen Volk einen eigenen Staat verwehrt.

Zudem kam die Unterstützung für Israel nicht nur aus dem Sowjetblock. Liberale und Linke in London, Paris, New York und Washington hörten, wie Jamal Husseini, der Vertreter des Arabischen Hohen Komitees bei den Vereinten Nationen, einen jüdischen Staat in Palästina ablehnte, weil er die „rassische Homogenität" der arabischen Welt untergraben würde.

Solche Äußerungen stießen bei den Amerikanern, die die schrecklichen Nachrichten aus Deutschland während und nach dem Krieg verfolgt hatten, auf ein äußerst negatives Echo. Im Senat hob Robert Wagner, einer der wichtigsten Verfasser der New Deal-Gesetzgebung, den Beitrag der Juden im Kampf der Alliierten hervor. Schon während des Krieges hatte er die Beschwichtigungspolitik gegenüber den Arabern angeprangert. Nach dem Sieg der Alliierten weiter die arabische Verweigerungshaltung besänftigen zu wollen mache definitiv keinen Sinn mehr. Im Repräsentantenhaus war der demokratische Kongressabgeordnete Emanuel Celler aus Brooklyn federführend bei den Bemühungen, die Aufmerksamkeit auf Jamal Husseinis Cousin, Amin al-Husseini, den Großmufti von Jerusalem, zu lenken, der während des Zweiten Weltkriegs eine schriftliche Vereinbarung mit Deutschland und Italien getroffen hatte, um „die Frage der jüdischen Elemente, die in Palästina und in den anderen arabischen Ländern existieren, so zu lösen, wie die jüdische Frage in Deutschland und Italien gelöst wurde".

Auch die liberalen Medien nahmen dies zur Kenntnis. Husseinis Zusammenarbeit mit den Nazis wurde in der New York Post sowie in den linken Publikationen PM und The Nation, von I.F. Stone, Freda Kirchwey und dem Pulitzer-Preisträger Edgar Mowrer, der auf Husseinis Anklage in Nürnberg drängte, ausführlich dokumentiert. Trotz umfangreicher Akten des Außenministeriums über Husseinis Zusammenarbeit mit den Nazis gelang es der US-Administration dennoch, sich den Forderungen zu widersetzen, ihn vor Gericht zu stellen und die Beweise für seine Aktivitäten in der Nazizeit zu veröffentlichen.

Das kurzzeitige Zusammentreffen sowjetischer und westlicher liberaler Sympathien für den entstehenden jüdischen Staat wurde von Ben-Gurion brillant ausgenutzt. Er verstand besser als jeder andere, dass dies ein einzigartiger Moment war, um Israel mit der Zustimmung der beiden Großmächte der Welt ins Leben zu rufen – und dass es eine Gelegenheit war, die sich bald schließen würde, wie es dann auch geschah.

Während der „antikosmopolitischen" Säuberungen Anfang der 1950er Jahre änderte Stalin seinen Kurs, verbreitete die Lüge, Israel sei ein Produkt des amerikanischen Imperialismus, verdrängte die Erinnerung an die sowjetische Unterstützung für das zionistische Projekt und startete eine vier Jahrzehnte andauernde Verleumdungskampagne gegen den Zionismus und Israel. Es war eine der erfolgreichsten Propagandakampagnen des Kalten Krieges.

Stalin gelang es auch, die amerikanische Geschichte umzuschreiben. Er beharrte darauf, dass es die Amerikaner und nicht die Sowjets gewesen seien, die die Gründung des Staates Israel von ganzem Herzen unterstützt hätten, und setzte sich damit durch. Die Akten des Außen- und des Verteidigungsministeriums sowie der CIA belegen jedoch eindeutig ihre entschiedene und ausdrückliche Ablehnung des zionistischen Projekts.

Die Unterschiede zwischen der Landschaft der internationalen Politik in den späten 1940er Jahren und derjenigen, die sich zunächst in der sowjetischen und dann in der Weltpolitik der 1950er und 1960er Jahre abzeichnete, müssen sich auch in den amerikanisch-jüdischen Diskussionen über die Gründung Israels widerspiegeln. Im Gegensatz zu dem, was wir seit Jahrzehnten bei den Vereinten Nationen, in internationalen BDS-Kampagnen und in akademischen Beschreibungen Israels hören, war das zionistische Projekt nie ein kolonialistisches.

Ganz im Gegenteil. Die Generation, die den Staat gründete, und seine Unterstützer im Ausland betrachteten ihn als Teil der Ära der liberalen und linken Opposition gegen Kolonialismus, Rassismus und natürlich Antisemitismus. Die Beweislage ist eindeutig: Welche Fehler Israel auch haben mag, seine Ursprünge haben nichts mit dem amerikanischen oder britischen Imperialismus zu tun. Das gegenteilige Argument ist eine weit verbreitete Unkenntnis, die in zu viele wissenschaftliche und journalistische Beiträge der letzten Jahrzehnte Eingang gefunden hat. Die Gründung Israels war kein Wunder, das sich einer historischen Erklärung entzieht. Sie war das Ergebnis enormen moralischen und militärischen Mutes, ermöglicht durch kluge und hartgesottene politische Führer, die der Sache der historischen Gerechtigkeit Raum schufen – insbesondere David Ben-Gurion, der einen flüchtigen Moment, Israels Moment, nutzte, um eine dauerhafte Errungenschaft zu erzielen.

Mythos#5
Israel ist schuld an der Nakba

Die UNO verdreht die Bedeutung der Nakba: Ihre Sicht auf den israelisch-palästinensischen Konflikt ist extrem einseitig

Ein Text von Shany Mor

Am 15. Mai 2023 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen erstmals eine Sonderveranstaltung zum Nakba-Tag abgehalten, einschließlich einer „besonderen Gedenkfeier" im UNO-Hauptquartier in New York. Das von dem syrischen Intellektuellen Constantin Zureiq geprägte Wort Nakba – arabisch für „Katastrophe" – wird verwendet, um die Ereignisse von 1948 zu beschreiben, die zur Gründung des Staates Israel führten, und ist heute ein Synonym für Vorstellungen von israelischer Grausamkeit und die Zersplitterung der palästinensischen Gesellschaft. Die Nakba, die Zureiq in seinem Buch *Ma'na an-Nakba* (Die Bedeutung der Katastrophe) aus dem Jahr 1948 beschreibt, war jedoch das Scheitern der Araber, die Juden zu besiegen, und ist weit entfernt von dem irreführenden Geschichtsbild, das die UNO-Website bietet. „Sieben arabische Staaten erklären dem Zionismus den Krieg, stehen ihm ohnmächtig gegenüber und machen dann auf dem Absatz kehrt", schreibt Zureiq. Bezüglich der vertriebenen palästinensischen Araber ist es bemerkenswert, dass seine Sorge darin besteht, dass sie „gezwungen sein könnten, in ihre Heimat zurückzukehren, um dort unter dem zionistischen Schatten zu leben". Er beklagt, dass „die Zerstreuung eher das Los der Araber als das der Juden geworden ist".

Damit hat die heutige Verwendung des Wortes Nakba nicht mehr viel zu tun. Die arabische Niederlage wird als palästinensische Tragödie, der Konflikt als einseitiges historisches Verbrechen und der gefährliche Überlebenskampf der Juden als kolonialistisches Bestreben nach rassischer Vorherrschaft umgedeutet.

Der Historiker Wolfgang Schivelbusch hat dargestellt, wie eine traumatische Niederlage zu einem großen moralischen Sieg umgemodelt werden kann. Das klassische Beispiel hierfür ist die Konföderation der amerikanischen Südstaaten (1861–1865). Dieser eigentlich verräterische Akt der Abspaltung von den Vereinigten Staaten, der der Bewahrung und weiteren Verbreitung der Sklaverei diente, wandelte sich zur Lost Cause, dem Verlust der südstaatlichen Traditionen durch den räuberischen und ausbeuterischen kapitalistischen Norden.*

Die politische Entwicklung des Wortes Nakba in den Jahrzehnten nach 1948 ist die Geschichte der Umgestaltung einer Niederlage in eine Ungerechtigkeit. Zum Höhepunkt dieses Prozesses kam es 50 Jahre später im Jahr 1998, als die neu gegründete Palästinensische Autonomiebehörde den 15. Mai, den Tag, der am meisten mit der Nakba in Verbindung gebracht wird, zu einem offiziellen nationalen Gedenktag machte, der von pro-palästinensischen Parteigängern sogleich eifrig übernommen wurde.

Die Verwandlung des gescheiterten Versuchs der Araber, den jüdischen Staat auszulöschen, in ihre eigene Tragödie kosmischen Ausmaßes sowie die Übernahme dieser Gegenerzählung durch Intellektuelle und selbsternannte Menschenfreunde im Westen ist an sich schon bemerkenswert. Dass die UNO und insbesondere die Generalversammlung dabei mitspielen, ist jedoch aus mehreren Gründen von besonderer Ironie. Der arabische Krieg gegen Israel war ein Krieg gegen eine bahnbrechende Resolution der UNO-Generalversammlung (181), in der die friedliche Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen arabischen und einen jüdischen Staat gefordert wurde. Dass die Generalversammlung selbst diese Niederlage nun als „Katastrophe" bezeichnet, der es zu gedenken gilt, ist gelinde gesagt merkwürdig.

Es handelte sich dabei um den ersten großen Verstoß gegen Artikel 2 der Charta der Vereinten Nationen, der die „Anwendung von Gewalt gegen die territoriale Unversehrtheit oder politische Unabhängigkeit eines Staates“ verbietet. Fünf der sieben arabischen Staaten, auf die sich Zureiq bezieht, waren damals UNO-Mitglieder. Indem die arabische Koalition 1948 gegen die UNO-Charta verstieß und gewaltsam die Umsetzung der Resolution 181 zu verhindern trachtete, versuchte sie auch, die erste große UNO-Initiative zur Friedensstiftung in einem internationalen Konflikt zu blockieren. Mehr noch: Mit ihrem Kampf gegen die Teilung leisteten die arabischen Armeen auch gewaltsam Widerstand gegen das erste nennenswerte Bestreben der UNO nach Entkolonialisierung. Schließlich stellte die Teilungsresolution die Schaffung souveräner, selbstverwalteter Nationalstaaten in den von einer europäischen imperialen Macht geräumten Gebieten in Aussicht.

Das heutige Gedenken der UNO gilt nur einem Aspekt dieses Krieges, nämlich der durch ihn verursachten Massenvertreibung, und nur einer Seite. Und auch hier liegt eine weitere Ironie begraben. Vertreibung im Krieg war damals wie heute nichts Ungewöhnliches. In den späten 1940er Jahren wurden Millionen von Menschen durch den Krieg vertrieben, darunter besiegte Deutsche und Hunderttausende von jüdischen Holocaust-Überlebenden in Mitteleuropa, aber auch Hindus und Muslime nach der Teilung Indiens. Nur für die palästinensischen Araber wurde jedoch eine eigene UNO-Hilfsorganisation geschaffen, die sich zudem der Aufrechterhaltung ihres Flüchtlingsstatus widmet, anstatt sich um ihre Eingliederung zu bemühen. Denn genau das tut das „Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten“ (UNRWA).**

Die Entscheidung, den 15. Mai als Nakba-Tag zu begehen, zeigt, in welchem Maße sich die Mythologie der arabischen Niederlage von 1948 unabhängig von der obsessiven Aufmerksamkeit der UNO für die palästinensische Sache entwickelt hat. Immerhin haben die Vereinten Nationen bereits einen anderen Tag im Jahr auserkoren, um dem Kampf der Palästinenser zu gedenken. Im Jahr 1977 erklärte die Generalversammlung den 29. November, das Datum des ursprünglichen Teilungsbeschlusses von 1947, zum „Internationalen Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk“, und dieser Tag ist nach wie vor eine der wichtigsten jährlichen Veranstaltungen der Organisation.

Die beiden gewählten Daten sprechen Bände über die Tragödie der palästinensischen Sache. Die Annahme des Teilungsplans hätte vor 75 Jahren zum ersten arabischen Staat in Palästina überhaupt geführt. Die Ablehnung der Teilung vonseiten der Araber und die darauffolgenden Kriege gegen Israel und schließlich die gesamte Region waren für die Palästinenser die eigentliche Katastrophe.

*Wolfgang Schivelbusch: Die Kultur der Niederlage. Der amerikanische Süden 1865, Frankreich 1871, Deutschland 1918. Berlin 2001.

** Die „United Nations Relief and Works Agency for Palestine Refugees in the Near East“ ist ein temporäres Hilfsprogramm der Vereinten Nationen mit Hauptsitzen in Gaza und Amman. Es existiert seit 1949 und wird seitdem alle drei Jahre verlängert.

Über die Autoren

Alexander Carstiuc ist Historiker, Sozialpädagoge, Übersetzer sowie Mitbetreiber der Programmschänke „Bajszel“ in Berlin und seit Jahren in der Bildungsarbeit tätig. Er ist Mitherausgeber und Mitübersetzer der Autobiographie des jüdischen Historikers Léon Poliakov „St. Petersburg – Berlin – Paris“ sowie der Schrift „Von Moskau nach Beirut. Essay über die Desinformation“. Derzeit übersetzt und ediert er die Autobiographie des jüdisch-amerikanischen Schriftstellers Meyer Levin „Auf der Suche“.

Michael Spaney ist seit 2008 Vereinsvorsitzender und Geschäftsführer des Mideast Freedom Forum Berlin. Er leitet außerdem den Bereich politische Beratung und berät Politiker:innen und Regierungsangestellte. Er konzipiert Policy Papers, internationale Konferenzen, öffentliche Vortragsreihen, Seminare und hält Vorträge zu den deutsch-israelischen Beziehungen, aktueller israelischer Politik, der Geschichte Israels und des Nahostkonflikts, zu israelbezogenem Antisemitismus sowie zum Iran und dessen Atomprogramm. Seine letzte Veröffentlichung ist eine Analyse über die Darstellung Israels in Schulbüchern nach dem Rahmenlehrplan Berlin-Brandenburg.

Einat Wilf ist eine israelische Politologin, Publizistin und ehemalige Politikerin. Sie war u.a. für Schimon Peres als Politikberaterin tätig, von 2010–2013 Knesset-Abgeordnete und gilt als eine der führenden Intellektuellen Israels. In ihren Veröffentlichungen beschäftigt sie sich mit Kernfragen der israelischen Gesellschaft und Außenpolitik sowie der Geschichte und Gegenwart des Zionismus. Auf Deutsch erschien 2022 „Der Kampf um Rückkehr. Wie die westliche Nachsicht für den palästinensischen Traum den Frieden behindert hat“ (mit Adi Schwartz). Der Beitrag „No, Maestro, the Holocaust Did Not Create Israel” erschien im Original am 13. Juni 2017 auf Haaretz.com.

Jeffrey Herf ist Historiker und emeritierter Professor für europäische Geschichte an der Universität Maryland, spezialisiert insbesondere auf die Geistes und Kulturgeschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert. Zu seinen auch auf Deutsch vorliegenden Publikationen gehören die Monographien „Zweierlei Erinnerung. Die NS-Vergangenheit im geteilten Deutschland“ (1998) sowie „Unerklärte Kriege gegen Israel: Die DDR und die westdeutsche radikale Linke, 1967–1989“ (2019). Für sein letztes Buch „Israel's Moment: International Support for and Opposition to Establishing the Jewish State, 1945–1949“ gewann er im November 2022 den Bernard Lewis Prize der Association for the Study of the Middle East and Africa. Der Beitrag „Israel is Antiracist, Anti-Colonialist, Anti-Fascist (and Was from the Start)” erschien im Original im SAPIRjournal (sapirjournal.org), Vol. 9, Frühjahr 2023.

Shany Mor ist Forschungsdirektor bei United Nations Watch und Fellow am Institute for Liberty and Responsibility an der Reichman-Universität in Herzliya, wo er auch als Dozent für politische Theorie tätig ist. Er hat an der Universität Oxford promoviert und war Postdoktorand am Political Theory Project der Brown University. Er war außerdem Direktor für Außenpolitik im Nationalen Sicherheitsrat Israels und ist Spezialist für die Beziehungen zwischen Israel und Europa sowie zwischen Israel und den USA. Neben seiner Arbeit als Forscher und Politikberater verfasst er regelmäßig Artikel und Analysen u.a. für Newsweek, Le Monde, Haaretz, Fathom, Daily Beast, Times of Israel, Jerusalem Post. Der Beitrag „The UN is Distorting the Meaning of the Nakba” erschien im Original am 15. Mai 2023 auf UnHerd (unherd.com).

Quellen

Zeitstrahl: Kloke, Martin: Die Entwicklung des Zionismus bis zur Staatsgründung Israels, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hg. vom Institut für Europäische Geschichte (IEG), Mainz 2010-12-03. URL: http://www.ieg-ego.eu/klokem-2010-de (abgerufen am 11.08.2023). Bild 1: Die Klagemauer, 1899. Quelle: Heritage Conservation Jerusalem via the PikiWiki - Israel free image collection project. Bild 2: Kindergarten in Rishon-Le'zion, Bildung in Israel, 1898. Quelle: Museum of Rishon Le- zion via the PikiWiki - Israel free image collection project. Bild 3: Die 66 Familien, Mitglieder des Hausbauvereins „Achuzat Bayit", bei der Auslosung der 60 Bauplätze auf dem 12-Acre großen Grundstück, das der Verein erworben hat. Foto von Avraham Soskin, April 1909. Quelle: Wikimedia Commons. Bild 4: Sykes-Picot Agreement 1916. Quelle: http://www.passia.org (Mahmoud Abu Rumieleh, Webmaster). Bild 5: Balfour-Declaration, 02.11.1917. Quelle: British Library. Originally published 9 November 1917, Wikimedia Commons. Text 1: Tophoven, Rolf: Der israelisch -arabische Konflikt, in: kontrovers, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 5. aktualisierte Auflage, Bonn 1999, S. 24. Bild 6: Altes Foto von Joseph Trumpeldor (gest. 1920). Quelle: Wikimedia Commons. Bild 7: Zeev Jabotinsky in Uniform. Quelle: Wikimedia Commons. Bild 8: Die britische Armee marschiert in Jerusalem ein, 09.12.1917. Quelle: The Israel Internet Association via the PikiWiki - Israel free image collection project. Bild 9: Seine Eminenz, der Großmufti von Jerusalem. Haj Amin Effendi el-Husseini. Quel- e: American Colony (Jerusalem), Photo Dept., Wikimedia Commons. Bild 10: Logo der Hagana. Quelle: Wikimedia Commons. Bild 11: Haifa, Gebäude der Technion Universität, zwischen 1914-1924. Quelle: Ella Stein-Bruk via the PikiWiki - Israel free image collection project. Bild 12: Geschändete Synagoge, Hebron 1929. Quelle: American Colony (Jerusalem), Photo Dept., Wikimedia Commons. Bild 13: Am Bord des Schiffes. Segeln ins Land Israel 1932. Quelle: Wikimedia Commons. Bild 14: Vorläufige Grenzen der Teilung Palästinas nach der Palestine Royal Commission (Peel-Bericht). Quelle: Wikimedia Commons. Bild 15: Britische Juden versammeln sich vor einem der Büros im Londoner East End, wo Unterschriften für eine Petition gesammelt werden, die den Premierminister auffordert, die Einwanderungsbeschränkungen für verfolgte jüdische Flüchtlinge aus dem von den Nazis beherrschten Mitteleuropa nach Palästina zu lockern, 23.11.1938. Quelle: United States Holocaust Memorial Museum, 306-NT-628-D-2. Bild 16: Amin al-Husseini und Adolf Hitler. Quelle: Bundesarchiv, 146-1987-004-09A, Heinrich Hoffmann, CC-BY-SA 3.0. Bild 17: Die Jüdische Brigade in Ägypten, 19.09.1944. Quelle: PikiWiki - Israel free image collection project. Bild 18: Drei junge jüdische DPs schauen aus dem Fenster ihres Zuges und halten eine selbst gebastelte zionistische Fahne in der Hand, als sie von Buchenwald aus die erste Etappe ihrer Reise nach Palästina antreten. Quelle: United States Holocaust Memorial Museum, 111-SC-207907 (Album 1715). Bild 19: UN Palästina Teilungsplan 1947. Quelle: Wikimedia Commons. Bild 20: Die Yiftach-Brigade übernimmt die Polizeistation von Rosh Pinna, als sich die Briten zurückziehen, während der Operation Yiftach, 1948. Quelle: Palmach-Archiv Yiftach 3. Bataillon Band 2 Album 1/4, Wikimedia Commons. Bild 21: David Ben Gurion liest die Unabhängigkeitserklärung vor. Quelle: Wikimedia Commons. Bild 22: Unterschrift: 1949 Grüne Linie (grüne dünne Linie) und entmilitarisierte Zonen (grüne dicke Linie/ Gebiete). Quelle: Wikimedia Commons. Bild 23: Eine jemenitische jüdische Familie auf dem Weg durch die Wüste zu einem vom „Joint" eingerichteten Auffangslager bei Aden, 1. November 1949. Quelle: Zoltan Kluger, Wikimedia Commons.

Als komplett ehrenamtlich arbeitendes Team sind wir auf Spenden angewiesen.
Wir würden uns daher sehr freuen, wenn Sie unsere Arbeit unterstützen.

Spendenkonto:
Masiyot – Bildung, Aufklärung, Kritik e.V.
VR-Bank Altenburg Land eG
IBAN: DE32 8306 5408 0005 3296 20
BIC: GENODEF1SLR

Spenden per PAYPAL



Impressum

Herausgeber
Masiyot – Bildung, Aufklärung, Kritik e.V.
Emser Str. 8/9,12051 Berlin
www.masiyot.de | info@masiyot.de

Konzeption Maria Kireenko, Jonas Empen, Mia Alvizuri Sommerfeld

Redaktion Maria Kireenko

Übersetzung Jonas Empen

Lektorat Jonas Empen

Visuelle Aufarbeitung Mia Alvizuri Sommerfeld

3. Auflage 2024 Auflage: 500

Registergericht: Amtsgericht Charlottenburg
Registernummer: VR 39870 B

Um das Land Israel kursieren seit der Staatsgründung im Jahr 1948 Gerüchte und Mythen, die eine einseitige und vereinfachte Sichtweise auf dieses komplexe historische Ereignis befördern – und nicht selten auch in israelbezogenem Antisemitismus Ausdruck finden. Begriffe wie Kolonialherrschaft, Apartheidstaat und Besatzungsmacht kommen vermehrt zum Einsatz und prägen die mediale, politische und zunehmend auch die akademische Debatte. Tatsächlich sind die Ereignisse und Hintergründe der Staatsgründung Israels jedoch in der breiteren Öffentlichkeit zu großen Teilen unbekannt, insbesondere im Internet bricht sich oft ein gefährliches Halbwissen Bahn.

Mit dem Projekt „Mythos#Israel1948“ sollen gängige Mythen um die Entstehung und die Gegenwart Israels dekonstruiert und so Argumentationshilfen und -strategien an die Hand gegeben werden, um ein differenzierteres Bild vom jüdischen Staat zu vermitteln.

asiyot – Bildung, Aufklärung, Kritik e.V.

